

V0702/24

Schaffung von Planstellen; Museum für Konkrete Kunst und Design
(Referent: Herr Grandmontagne)

Antrag:

1. Für das neue Museum für Konkrete Kunst und Design werden zur Eröffnung nachfolgende Stellen zum Stellenplan 2025 geschaffen:
 - eine unbefristete Planstelle im Umfang von 0,5 VZÄ in EG 11 TVöD
 - eine unbefristete Planstelle im Umfang von 0,5 VZÄ in EG 7 TVöD

Der Stadtrat wird darüber informiert, dass für den Betrieb des neuen Museums für Konkrete Kunst und Design noch weitere Stellen in Planung sind, die voraussichtlich 2026 notwendig werden, aber vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgestellt werden.

Ausschuss für Kultur und Bildung	08.10.2024	Vorberatung
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	17.10.2024	Vorberatung
Stadtrat	22.10.2024	Entscheidung

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht vom 17.10.2024

Herr Grandmontagne informiert über die aktuelle Personallage im Museum für Konkrete Kunst. Im Moment seien dort 7,0 Vollzeitäquivalente beschäftigt. Im Rahmen des Neubaus des Museums habe eine Organisationsuntersuchung weitere Stellenbedarfe für die neuen Dimensionen ergeben. Aufgrund der schwierigen Zeit habe er mit der Direktorin des Museums jedoch vereinbart, erst einmal keine bzw. nur nicht aufschiebbare Stellen zu beantragen. Eine Stelle davon sei eine 0,5 VZÄ zur Restaurierung. Herr Grandmontagne verweist auf einen Rechtschreibfehler im zweiten Absatz Auf Seite 3 der Beschlussvorlage. Dass die Stelle zum 01.01.2025 auf eine Vollzeitplanstelle erhöht werden soll, sei falsch. Die Stelle habe ursprünglich 9 Stunden gehabt und sei auf 0,5 VZÄ erhöht worden. Diese 0,5 VZÄ wolle man ab dem 01.01.2025 erhalten. Dies sei notwendig, weil sich die Ausstellungsfläche erheblich erhöht habe. Das Depot verfüge über 15.000 Werke. Wenn das Museum im Jahr 2026 eröffnet werden soll, brauche man zusätzliche Stellen, die sich um das Depot kümmern und auch die Eröffnungsausstellungen vorbereiten. Diese Stellen würden nach Aussagen von Herrn Grandmontagne auch nicht von irgendeiner anderen Berufsgruppe übernommen werden können. Bei der zweiten Stelle handle es sich um einen Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Medientechniker/in. Diese Stelle habe nichts mit dem Haustechniker zu tun, sondern beschäftige sich mit dem neuen Zwischenbau und der neuen Ausstellung. Diese beiden Stellen seien nicht aufschiebbar, betont Herr Grandmontagne. Die Restaurierungsstelle wäre ab Januar 2025 notwendig. Die Technikerstelle würde sich bis zum 01.07.2025 aufschieben lassen. Aus Sicht der Museumsdirektorin seien diese Stellen notwendig, um nach der Übergabe des Hauses bis zur Eröffnung 2026 die Vorarbeiten vornehmen zu können.

Stadtrat Grob weist daraufhin, dass sich die CSU-Stadtratsfraktion darauf geeinigt habe, ab dem jetzigen Zeitpunkt, seit Haushaltssperre, keinen neuen Stellen mehr zuzustimmen. Erst dann, wenn die Deckung der Stelle aus dem eigenen Bereich ermöglicht werden könne.

Herr Grandmontagne regt an, darüber nachzudenken, das Bürgerfest nur noch alle zwei Jahre stattfinden zu lassen. Als Kompromiss schlägt er vor, die Restaurierungsstelle auf 0,5 VZÄ zu erhöhen und für die zweite Stelle eine Gegenfinanzierung zu bringen.

Stadtrat Wittmann vertritt die Meinung, dass diesem Kompromissvorschlag seitens der CSU-Stadtratsfraktion zugestimmt werden könne.

Stadtrat Werner gibt bekannt, dass die SPD-Stadtratsfraktion bei dem Kompromissvorschlag mitgehen könne.

Stadträtin Leininger bittet um Konkretisierung des Kompromissvorschlags.

Der Kompromissvorschlag beinhalte, dass die beiden halben Stellen vom Ausschuss genehmigt werden, wenn die zweite halbe Stelle im eigenen Bereich gegenfinanziert werden könne.

Stadträtin Leininger gibt bekannt, dass seitens der Stadtratsfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN durchaus Sympathie für diesen Finanzierungsvorschlag bestehe. Voraussetzung einer Zustimmung sei ihrer Ansicht nach jedoch eine ordentliche Beschlussvorlage.

Herr Grandmontagne schlägt vor, bis zur Stadtratssitzung eine geänderte Formulierung vorzubereiten.

Stadtrat Stachel glaubt, dass es an der Zeit ist, dass der Stadtrat anders denken muss, wie in der Vergangenheit. Ohne Querfinanzierungen und Umschichtungen wird es auf Dauer nicht funktionieren. Und das nicht nur innerhalb eines Referates betrachtet, weil man auch hier an seine Grenzen stößt. Kompromisse würden bei der Suche nach Stellen gefunden werden müssen. Als Gegenrechnung das Bürgerfest nur noch alle 2 Jahre stattfinden zu lassen, halte Stadtrat Stachel für einen Eingriff, der dem Museum relativ schnell schaden könnte. Immerhin betreffe dieses Fest die gesamte Kultur- und Stadtgesellschaft.

Herr Grandmontagne sagt, er könne die Sorgen von Stadtrat Stachel nachvollziehen. Gleichzeitig zeige dies aber auch, wo man aktuell stehe. In den letzten Wochen habe man alles auf Spitz und Knopf gerechnet. Die einzigen großen Posten, die noch übrigbleiben, wenn man nicht an den Bestand gehen möchte, seien die Feste. Letztendlich sei die Schadensfrage immer für die Stadtgesellschaft.

Da in der Vergangenheit das Bürgerfest auch nicht jedes Jahr, sondern nur alle zwei Jahre stattfand, ist Stadträtin Pane der Meinung, dass dies in solchen schwierigen Zeiten vertretbar wäre. Es gebe andere Posten, bei denen ein größerer Schaden entstehen würde.

Stadtrat Werner sagt, er halte es für eine gefährliche Sache, Bereiche gegeneinander auszuspielen.

Stadträtin Leininger schließt sich der Meinung von Stadtrat Werner an. Sie halte es für durchaus verträglich, wenn ein Fest wie z.B. das Bürgerfest oder das „Fest zum Reinen Bier“ nicht jedes Jahr stattfindet. Sobald sich Ingolstadt wieder erholt habe, würde man wieder jene Feste wieder jährlich stattfinden lassen können.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll pflichtet bei, dass man sich die Dichte des Bürgerfestes nochmal genauer anschauen sollte, bevor man ein Signal nach außen gibt.

Selbstverständlich möchte niemand, dass Bereiche gegeneinander ausgespielt werden, so Stadtrat Grob. Was ihn persönlich ärgere sei die Tatsache, dass die Stadtratsmitglieder im Grunde bei jeder Stellenvergabe unter Druck gesetzt werden. Seiner Ansicht nach müsse man bei der Priorisierung einer freiwerdenden Stelle dann genauso hinterfragt werden, ob eine Nachbesetzung gerechtfertigt sei. Nur so würde man einen Ausgleich schaffen können. Deswegen fordere Stadtrat Grob bei jeder Stellenbesetzung und jeder freiwerdenden Stelle eine kritische Überprüfung. Ansonsten würde der Topf immer größer und das könne sich Ingolstadt nicht leisten.

Herr Grandmontagne betont, dass er nicht dafür sei, das Bürgerfest abzuschaffen, um das MKKD zu finanzieren. Wichtig sei jedoch Solidarität auf der Referentenebene. Alle Referate tragen eine gemeinschaftliche Verantwortung für das Budget. Der Festkalender habe eine Dichte, über die man sprechen muss. Auch um ein Zeichen zu setzen, dass alle sparen. Herr Grandmontagne betont, dass er sich nicht nur für seinen Bereich, sondern auch für die Bereiche von anderen Referenten verantwortlich fühle.

Stadtrat Stachel gibt Herrn Grandmontagne recht. Man müsse bereichsübergreifend denken, sonst funktioniert es nicht. Am Ende des Tages verfüge man über einen Haushalt der Stadt Ingolstadt und dieser müsse genehmigungsfähig sein.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet, mit der Maßgabe, dass die Planstelle zum Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Medientechniker, 0,5 VZÄ (EG 7) verwaltungsintern gegenfinanziert wird. Dem Stadtrat ist eine geänderte Beschlussvorlage vorzulegen.